

Verantwortliche Redakteure  
für den politischen Theil:  
E. Fautner,  
für Feuilleton und Vermischtes:  
J. Kormner,  
für den übrigen redaktionellen Theil:  
H. Schmiedehaus,  
hauptsächlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
O. Kurrer in Posen.

Abend-Ausgabe.

# Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei Graf. Ad. Sähle, Postel.  
Gr. Gerber- u. Breiter-Edel.  
Otto Kirckhoff in Firma  
J. Henmann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei S. Chryzostoff,  
in Breschen bei J. Mathies,  
u. bei den Inseraten-Annahmestellen  
von G. J. Haube & Co.,  
Haasenhein & Vogler, Rudolf Moske  
und „Invalidenhahn“.

Nr. 754.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei  
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich  
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz  
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-  
stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des  
Deutschen Reiches an.

Montag, 28. Oktober.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren  
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten  
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-  
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Ex-  
pedition für die Abendausgabe bis 1 Uhr Vormittags, für  
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

## Amtliches.

Berlin, 26. Oktober. Die Ernennung des ordentlichen Lehrers  
Dortung am Realgymnasium zu Frankfurt a. D. zum Oberlehrer ist  
genehmigt worden. Am Schullehrer-Seminar zu Ditterburg ist der  
Privat-Präparandenlehrer Basse daselbst als Hilfslehrer angestellt  
worden. Am Schullehrer-Seminar zu Dittweiler ist der Lehrer Keine-  
mann aus Kastellaun als Hilfslehrer angestellt worden.

Bericht sind: der Amtsrichter v. Vivonius in Stuhm an das  
Amtsgericht in Marienburg, der Amtsrichter Stephan in Muslau an  
das Amtsgericht in Oslau und der Amtsrichter Schmückert in Bätow  
an das Amtsgericht in Polzin. — Der Kaufmann und Konsul August  
Preuß in Königsberg ist zum Handelsrichter daselbst, der Kauf-  
mann und Stadtrath Pfen in Königsberg zum stellvertretenden  
Handelsrichter daselbst und der Kaufmann und Konsul  
Mag. Gustav Steffens in Danzig zum stellvertretenden Handels-  
richter in Danzig ernannt. Dem Ersten Staatsanwalt Richter  
in Neumied ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.  
— In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt  
Richter bei dem Amtsgericht in B.-Hersfeld, der Rechtsanwalt Henning  
bei dem Landgericht in Essen und der Rechtsanwalt Dr. Felix Cohn  
bei dem Landgericht I. in Berlin. — In die Liste der Rechtsanwälte  
sind eingetragen: der Gerichtsassessor Dr. Heß bei dem Ober-Landes-  
gericht in Frankfurt a. M., der Gerichtsassessor Smoschewer bei dem  
Oberlandesgericht in Posen, der Gerichtsassessor Salomon bei dem  
Landgericht in Koblenz, der Gerichtsassessor Mayer bei dem Land-  
gericht in Köln, der Gerichtsassessor Landsberg bei dem Landgericht in  
Schweidnitz, der Gerichtsassessor Sallinger bei dem Amtsgericht und  
bei dem Landgericht in Oppeln, der Rechtsanwalt Goldtücher aus  
Dorberg bei dem Landgericht in Bielefeld, der Rechtsanwalt (nicht  
Gerichtsassessor) Fritzer aus Halberstadt und der Gerichtsassessor Ball  
bei dem Landgericht I. in Berlin. der Rechtsanwalt Woppe aus Nord-  
hausen bei dem Landgericht in Erfurt, der Rechtsanwalt, Justizrath  
Frommer aus Berlin bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, der  
Gerichtsassessor Heinen bei dem Landgericht in Essen und der Rechts-  
anwalt Richter aus Bellerfeld bei dem Amtsgericht in Plön. — Der  
Rechtsanwalt Schmitz I. in Oberfeld ist gestorben.

## Politische Uebersicht.

Posen, den 28. Oktober.

Die Nationalliberale Fraktion wird sich voraussicht-  
lich heut über ihre Stellung zum Etat bei der demnächstigen  
ersten Verathung schlüssig machen. Es wird erwartet, daß dieser  
Fraktionsführung auch Herr v. Bennigsen beiwohnen wird, der,  
wie von betheiligter Seite berichtet wurde, bisher durch Amts-  
geschäfte in Hannover zurückgehalten war. Es fällt nicht wenig  
auf, daß sogar in offiziellen Auslassungen, z. B. in der „W.  
Pol. Corr.“ den Bedenken, welche der Militäretat so ziemlich  
in allen Kreisen hervorgerufen hat, bis zu einem gewissen  
Punkte Rechnung getragen wird, indem dort wenigstens eine  
Ermäßigung der hohen Forderungen für den Bau von Kasernen  
u. s. w. als zulässig bezeichnet wird. Immerhin könnte es sich  
dabei nur um eine verhältnismäßig geringe Zahl von Millionen  
handeln.

Bezüglich der Novelle zum Bankgesetz, welche dem  
Bundesrath vorliegt, hat bis jetzt nur verlautet, was auch sonst  
schon bekannt war, daß die Verlängerung des Privilegiums der  
Reichsbank für weitere 10 Jahre, vom 1. Januar 1891 ab in  
Ausicht genommen ist. Abgesehen davon, dürfte es sich nur  
um die Abänderung der Bestimmungen betr. die Vertheilung des  
Reingewinns handeln.

Zu den „weitgehenden Rechtsgarantien“ in dem Entwurfe  
des Sozialistengesetzes gehört die Bestimmung, daß perio-  
dische Druckschriften nicht schon nach dem Verbote einer, sondern  
zweiter Nummern gänzlich unterdrückt werden dürfen. Die  
„Begründung“ des Gesetzes erkennt, mangels ausschließender  
Wirkung der Beschränkung, an, „daß eine einzelne Auslieferung  
mit einer verhältnismäßig harten Strafe, welche für den Be-  
figer bezw. Verleger der Druckschrift schwerwiegende finanzielle  
Nachtheile nach sich zu ziehen pflegt, belegt werden kann.“ Es  
sei deshalb für thunlich erachtet worden, das Verbot des fer-  
neren Erscheinens einer periodischen Druckschrift erst an das  
wiederholte Verbot einer einzelnen Nummer zu knüpfen. Dazu  
bemerkt die „Vossische Zeitung“: „Was ist damit gewonnen?  
Die Erfahrung hat gezeigt, daß Blätter auch zweimal und drei-  
mal ohne Grund beschlagnahmt und verboten werden können.  
Hat man doch sogar auf Grund des Sozialistengesetzes ganz  
unpolitische Blätter als Fortsetzungen sozialistischer Zeitungen  
unterdrückt! Beseitigt das Sozialistengesetz diese Möglichkeit?  
Schützt es durch die neue „Rechtsgarantie“ vor ungerechtfertig-  
ten „schwerwiegenden finanziellen Nachtheilen“? Ungeachtet-  
lichkeit oder Befangenheit eines Polizeibeamten kann auch in Zu-  
kunft in achtundvierzig Stunden eine Zeitung zu Grunde rich-  
ten. Heute erfolgt das Verbot der einen Nummer, morgen das  
der zweiten und zugleich des weiteren Erscheinens des Blattes  
— und Alles bleibt beim Alten. Denn die Beschränkung hat  
keine ausschließende Wirkung. Ueber einem Blatte, von dem je-  
mals eine Nummer verboten wurde, hängt für alle Zeit das  
wamollschwert. Denn es ist nicht einmal vorgeschrieben, daß  
Denigstens in einem bestimmten Zeitraum, etwa Jahresfrist,

zwei Nummern verboten sein müssen, um die gänzlich Unter-  
drückung des Blattes zu rechtfertigen. Auch fehlt es an si-  
cheren Rechtsmitteln, um für irrige Verbote den Staat oder die  
Beamten haftpflichtig zu machen und Schadenersatz zu erlangen.  
Die Anträge, welche die freisinnige Partei zur Sicherung dieses  
Rechtes eingebracht hat, werden zweifelsohne auf den Wider-  
stand der Regierung stoßen. Die „weitgehende Rechtsgarantie“  
ist daher praktisch ganz bedeutungslos.“

Gerüchte von einer französischen Ministerkrise sind  
in Paris aufgefaßt. In einem Bericht der „Voss. Zt.“ von  
dort heißt es zwar: Das Cabinet beschloß in einem Minister-  
rathe, in seinem Gesamtbestande vor die neue Kammer zu  
treten. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht später noch die  
Ministerkrise zum Austrag kommen kann. Als ganz bestimmt  
wird wenigstens versichert, daß Constans, der schneidige Minister  
des Innern, als Statthalter nach Algier gehen wird an Stelle  
Lermans, der wiederum zum Präsidenten des Rechnungshofes  
ernannt werden solle. Durch die Ausscheidung von Constans  
würde den Konservativen, die sich der Republik anschließen  
wollen, ein Zugeländnis gemacht werden, da er ihnen im Wahl-  
kampfe am schärfsten entgegentrat. Es ist davon die Rede, daß  
Méline die Ministerpräsidentenschaft übernehmen solle, doch ist  
das recht unwahrscheinlich. Jedenfalls beruhen alle solche Kom-  
binationen auf bloßer Vermuthung.

Gegenüber den Ausstreuungen, nach denen der italie nische  
Konsulpräsident Crispi kriegerische Tendenzen haben soll, wird  
der „Polit. Korresp.“ aus Rom geschrieben:

„Allen Denjenigen, welche den italienischen Ministerpräsidenten  
Crispi kriegerischer Beldäntäten beschuldigen, wäre anzurathen, die  
die auswärtige Politik betreffenden Stellen jener Rede zu lesen, welche  
Crispi in Palermo in einer Versammlung des „demokratischen Vereins“,  
dessen Ehrenpräsident er ist, kurz vor seiner Abreise gehalten hat. „Ich  
spreche nicht von der auswärtigen Politik“, sagte Herr Crispi, „und  
beschränke mich bloß darauf, zu erklären, daß Alles für die Erhaltung  
des europäischen Friedens spricht, alle Anzeichen für dessen Fortdauer  
vorhanden sind und wir zu diesem Zwecke mit allen unseren Kräften  
mitwirken werden. Italien hat den Frieden nötig, Italien will den  
Frieden, und die Regierungen, welche dem allgemeinen Stimmrechte  
entsprechen, müssen dasjenige wollen, was das Volk will, und wir,  
die wir den Frieden wollen, werden den Krieg nicht provoziren —  
aber Italien fürchtet den Krieg nicht.“ Deutlicher konnte der Minister-  
präsident sich wohl kaum ausdrücken und diese Aeußerungen bilden  
eigentlich bloß eine Ergänzung jener Erklärung, welche Herr Crispi  
einen Tag früher bei Gelegenheit der großen Bankrede über dasselbe  
Thema abgegeben hat. „Italien und seine Verbündeten“ — sagte der  
Ministerpräsident damals — „werden nie und Niemanden herausfor-  
dern und bloß dann zum Schwerte greifen, wenn sie selbst herausge-  
fordert und angegriffen werden. Das Ideal ihres Bündnisses ist die  
Vertheidigung und nicht der Angriff, es bedrohe Niemanden und  
wünsche bloß den Frieden, für dessen Erhaltung es nach allen Kräften  
wirkt.“ Es sind dies eminent friedliche Kundgebungen, die einen um  
so nachhaltigeren Eindruck machen müssen, als die ganze Haltung des  
italienischen Cabinets, die ganze auswärtige Politik des Königreiches  
sich im vollsten Einklange mit den Worten des Minister-Präsidenten  
befindet. Angesichts dieser Thatfachen muß die vielfach ausgestreute  
Behauptung, daß Herr Crispi kriegerische Gelüste nicht fremd seien,  
Verwunderung erregen. Es giebt zwar inner- und außerhalb Ita-  
liens Politiker und zwar mitunter selbst angesehenen Politiker, welche  
behaupten, daß ein solcher Krieg diesem langen bewaffneten Frieden,  
welcher die Kräfte des Landes aufzehrt, vorzuziehen und  
daß es daher besser sei, die Entscheidung je eher, je lieber herbeizu-  
führen. Herr Crispi ist jedoch nicht dieser Ansicht, sondern glaubt,  
daß die längere Erhaltung des Friedens wohl auch dieser schweren  
Opfer, welche eben diese Erhaltung kostet, werth und immerhin viel  
gewonnen sei, wenn der Welt für längere Zeit die Schrecken eines  
großen Krieges erspart bleiben. Bedenkt man, daß vielleicht doch noch  
Mittel und Wege gefunden werden könnten, die bestehenden Gegen-  
sätze friedlich auszugleichen, so kann man bloß der Ansicht Crispis zu-  
stimmen, daß die Erhaltung des Friedens, sei es für längere, sei es  
auch für kürzere Zeit, selbst um den Preis kostspieliger Auktionen nicht  
allzu theuer erkauft und jedenfalls den Schrecken eines blutigen Krieges  
vorzuziehen sei.“

## Deutschland.

Δ Berlin, 27. Oktober. Die Vorgänge eigenthümlicher  
Natur, unter denen die Forderung für Erhöhung der Militär-  
ausgaben zu Stande gekommen ist, erhalten eine weitere  
merkwürdige Beleuchtung durch einen Berliner Artikel der hoch-  
sinnigen „Politischen Correspondenz.“ Es wird da ausgeführt,  
daß es sich nicht leugnen lasse, wie fast sämtliche Ausgabe-  
posten, die sich auf militärische Bauten, d. h. auf Kasernen,  
Magazine, militärische Stabissements, Verpflegungsanstalten zc.  
beziehen, auch besonneneren und entgegenkommenderen Parla-  
mentsgruppen zunächst als allzu freigebig bemessen erscheinen.“  
Der Kriegsminister, so wird hinzugefügt, stehe also vor keiner  
ganz leichten Aufgabe. In sonderbarer Weise, als es hier ge-  
schicht, ist wohl noch nie dafür gesorgt worden, daß Regierungs-  
forderungen von der mit der Regierung Hand in Hand gehen-  
den Mehrheit abgelehnt werden. Die Offiziosen laden ja förm-  
lich dazu ein, den Militäretat zu beschneiden. Der Artikel der  
„Pol. Corr.“ würde unter anderen Umständen vielleicht nur  
als veretzelte Kundgebung angesehen werden; ähnliche Auf-

fassungen indessen sind bekanntlich auch von anderer offiziöser  
Seite, so von der „Post“, geäußert worden, und man  
muß hiernach sagen, es liegt System in der Sache.  
An leitenden Stellen sind er sichtlich Gegensätze vor-  
handen, die noch der Ausgleichung harren. Die Gründe,  
aus denen Herr v. Bronsart gegangen ist, und aus denen Herr  
v. Werdy sein Nachfolger geworden ist, ergänzen sich hinreichend,  
um ein einigermaßen klares Bild zu gewähren. Die Sparsam-  
keitsanwandlungen, die der Vorgänger des jetzigen Ministers  
bekam, haben am Fürsten Bismarck gewiß keinen Gegner gehabt,  
wohl aber an höher stehenden Personen. Die größere Bereit-  
willigkeit des Herrn v. Werdy andererseits, allen Wünschen in  
Bezug auf die Armee entgegenzukommen, mag zur Befestigung  
seiner Stellung außerordentlich beitragen; nur tritt der Wider-  
spruch einer rein militärischen Anschauungsweise mit den finanz-  
politischen Gesichtspunkten, deren Würdigung doch gerade der  
Reichskanzler am wenigsten außer Acht lassen kann, plötzlich mit  
auffallender Bestimmtheit in die Erscheinung. Diese Dinge  
spielen sich einstweilen und in der Hauptfrage erst hinter den  
Kulissen ab; sie zeigen jedenfalls, daß ein sehr mächtiger Wille  
stärker geworden ist als derjenige, den man lange Zeit für den  
mächtigsten gehalten hatte. Die Verlegung des Gegensatzes auf  
das parlamentarische Gebiet kann vielleicht noch merkwürdig  
wirken. Nach dem Gebahren der Offiziosen in der „Post“ und  
in der „Pol. Corr.“ zu urtheilen, scheinen die Hintermänner  
dieser Offiziosen die Aussprache an einem öffentlichen Orte ge-  
radezu zu wünschen. Eine scharfe Korrektur der Militärforde-  
rungen durch den Reichstag ist schon jetzt gewiß. Die Frage  
ist nur, wie dieser Vorgang nach oben hin wirken wird, zumal  
die Leitungsdrähte, welche die Entladung herbeiführen werden,  
ganz offen zu Tage liegen. Innerhalb der Mehrheitsparteien  
mag man im übrigen glauben, daß die Ablehnung übermäßiger  
Forderungen zum Gewinn bei den bevorstehenden Wahlen aus-  
schlagen könnte. Das Bild der Lage wäre aber nicht vollständig,  
wenn wir nicht hinzufügen würden, daß es Leute giebt, die an  
einem Gegensatz in höheren Regionen ernstlich zweifeln und  
die der Meinung sind, es handle sich überhaupt nur darum,  
einen taktisch günstigen Stand der Dinge vorzubereiten. Dar-  
nach ließe Alles darauf hinaus, das Selbstgefühl der Reichstags-  
mehrheit gegenüber den Wählern zu steigern, denen sie mit  
scheinbar ansehnlichen Erzeugnissen kommen könnten. —  
In einigen Blättern wird mehr oder weniger bestimmt behauptet,  
daß die aufgehobenen Paragraphen des alten Sozialistenge-  
setzes, betreffend die Befugnis, Gastwirthen, Buchhändlern zc.  
den ferneren Gewerbebetrieb unter gewissen Voraussetzungen zu  
unterjagen, niemals praktisch angewendet worden seien. Dies  
ist ein Irrthum. Zwar nicht der Baumeister Repler, welchen  
die „Neuztg.“ irrig als Beispiel dieses Falles anführt, aber  
z. B. der sozialistische Schneidermeister und Agitator Reizhaus  
in Erfurt ist von dem Paragraphen betroffen worden. Im  
Ganzen hat sich der Paragraph freilich als wenig anwendbar  
und noch weniger wirksam erwiesen. — Der Rechenschafts-  
bericht für Berlin unterscheidet sich nicht unwesentlich von seinen  
Vorgängern. Er erklärt, daß der Gegensatz zwischen Gemäßigten  
und Radikalen in der Sozialdemokratie so ziemlich aufgehört  
habe, daß die Gesamtpartei sich jetzt unverkennbar der Mäßi-  
gung zuneige, und daß dies eine Wirkung der Ausweitungen  
sei. Wenn der Bericht sagt, daß vom 1. Oktober vorigen Jahres  
an bis zum 1. August 1889 die Genehmigung zu Versamm-  
lungen in 6798 Fällen ertheilt und in 104 Fällen  
versagt worden sei, so ist die erwähnte Ziffer  
nicht auf die genehmigten sozialdemokratischen, sondern auf alle  
genehmigten Versammlungen überhaupt zu beziehen. In dieser  
Hinsicht fehlt es in zahlreichen Fällen auch an dem sicheren Kri-  
terium. — Die Frage, ob in den Kommunalverwaltungen  
Politik getrieben werden dürfe und ob demgemäß bei den Wäh-  
len zu den kommunalen Vertretungen der politische Par-  
teistandpunkt in Betracht gezogen werden dürfe oder müsse, ist  
schon öfter erörtert und sehr verschieden beantwortet worden.  
Von der einen Seite hat man die Hereinsiehung der Politik  
ins kommunale Leben als eine grobe Ungehörigkeit bezeichnet;  
von der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, daß bei der  
Behandlung von Steuerfragen, von Schulfragen zc. in der  
Kommunalverwaltung sich ganz von selbst dieselben Gegensätze ein-  
stufen, welche in der politischen Vertretung des Staates oder  
Reiches den Untergrund der Parteibildungen darstellen. Das letztere  
läßt sich theoretisch kaum widerlegen und die Anhänger der erste-  
ren Ansicht sind praktisch wohl schwerlich der Sünde frei, die sie  
an ihren Gegnern tabeln. Am ehesten müßte sich in den großen  
Städten Klarheit über diese Frage und die damit zusammen-  
hängenden Dinge gewinnen lassen, da hier der Einfluß und die  
Wirkung der Stellungnahme in dem einen oder dem anderen  
Sinne am beträchtlichsten ist und sowohl die Vertreter als die  
Wähler zu scharfer Ausprägung und Betonung ihres schulpoli-

tischen, steuerpolitischen und sonstigen politischen Standpunktes herausgefordert und gleichsam erzwungen werden. Es giebt auf die Frage eine klare und zutreffende Antwort; es giebt aber auch einen in den Verhältnissen liegenden thatsächlichen Grund, warum die Stellungnahme nicht überall und durchweg in dem klaren Sinne erfolgt, und warum z. B. in Berlin jetzt die Frage aus Anlaß bevorstehender Stadtverordnetenwahlen wieder heiß umstritten wird. Aus dem Bereiche der politischen Fragen gehören Verfassungsfragen, Militärfragen und rechtspolitische Fragen nicht in die Stadtverwaltung; diese kommt gar nicht in die Lage, in diesen Fragen Stellung zu nehmen und auf ihre Entscheidung einen Einfluß auszuüben. Dagegen kommt die Stadtverwaltung wohl in die Lage, indirekte Steuern zu erheben oder abzulehnen, die Belastung von Lebensmitteln durch Steuern zu bekämpfen oder zu fördern. Ferner kommt es in der Stadtverwaltung darauf an, Stellung zu der Frage der Selbstverwaltung und zu der Abgrenzung der Polizeibefugnisse gegenüber den Bürgern zu nehmen. Sodann treten in der kommunalen Schulverwaltung fast unvermeidlich die politischen und kirchlichen Gegensätze, wie sie sich in den Parteien ausdrücken, gegenüber. Endlich fragt es sich auch, ob die Kommunalverwaltung in kirchliche und konfessionelle Dinge sich einmischen oder diese Einmischung ablehnen soll. Alle diese Fragen nöthigen dazu, einen bestimmten Standpunkt einzunehmen, der im Wesentlichen als ein politischer Parteistandpunkt erscheint. Nun tritt jedoch die Erscheinung ein, daß Männer, welche in allen diesen Fragen zusammengehen, in Verfassungsfragen, Militär- und manchen rechtspolitischen Fragen auseinandergehen und sich demgemäß bei den politischen Wahlen, bei welchen die zuletzt erwähnten Fragen maßgebend sind, bekämpfen. Wenn aber der Nationalliberal und der Freisinnige sich bei den politischen Wahlen bekämpfen, wie dies thatsächlich der Fall ist, so wird ihnen dadurch ein Zusammengehen bei den kommunalen Wahlen erschwert, obgleich hier sachlich ein Zusammengehen wohl möglich wäre. Der richtige Standpunkt und das allein natürliche Verhältnis des kommunalen Lebens zum politischen wäre gewonnen, wenn man lernen würde, die für die Stadtverwaltung in Betracht kommenden politischen Fragen von der übrigen Politik bestimmt zu trennen und den Gegensatz in dieser nicht eine Rückwirkung auf jene üben zu lassen.

P. V. O. Es ist durchaus zutreffend, wenn von christlich-sozialer Seite bemerkt wird, die ernsthafte Beschäftigung mit den sozialen Fragen der Gegenwart sei die unumgängliche Konsequenz des bekannten Grundsatzes der Reformation, daß der Christ das Weltleben mit den sittlich-religiösen Kräften seines Glaubens durchdringen müsse, anstatt in asketischer Weltsücht sein Leben zu verbringen. Aber von der Theorie zur Praxis ist ein weiter Weg, und so sind es denn in Wirklichkeit gerade die Christlich-Sozialen, welche trotz ihrer Berufung auf den protestantischen Fundamental-Grundsatz denselben verleugnen. Während nämlich die notwendige Folge des genannten Prinzips, welches den Übergang vom mittelalterlichen zum modernen Christenthum bedeutet, die erhöhte Werthschätzung des bürgerlichen und staatlichen Lebens sein mußte und auch gewesen ist, bekunden die Christlich-Sozialen durch ihre Reformversuche, daß sie die Formen des bürgerlichen Lebens wenig höher taxiren, als die Katholiken mit ihrem Dualismus von „Welt“ und Kirche das thun. Anstatt den Schwerpunkt ihrer sozialen Reformen einzig und allein auf das interkonfessionelle Gebiet des Staates, als einer sittlichen und kulturellen Gemeinschaft, zu verlegen, was allein den protestantischen Grundsätzen entspricht, wollen sie aus einer konfessionellen Kultusgemeinschaft ein Missionsinstitut machen nicht etwa zur sittlichen Regeneration allein, sondern zur sozialen Hebung des ganzen Volkes. Und das ist nicht protestantisch, sondern katholisch; wie sich denn bekanntlich die Katholikenversammlungen ebenso eingehend und auch ebenso dilettantisch mit der sozialen Frage beschäftigen,

wie die Versammlungen unserer Christlich-Sozialen. Wie nahe sich die konfessionellen Sozialpolitiker beider Bekenntnisse berühren, hat sich vor einiger Zeit an einem wiederholt besprochenen Vorgang in England gezeigt. Auf der Konvokation der Provinz Canterbury sind zur „Christianisierung der Arbeitermassen“ folgende Vorschläge in der eingehendsten Weise berathen worden: 1) Die Zeit ist gekommen, wo die Kirche zur Erfüllung ihrer Aufgaben sich der hingebenden Arbeit von Bruderschaften, sowohl von Klerikern als von Laien, mit Vortheil bedienen kann. 2) Den Gliedern solcher Bruderschaften ist zu gestatten, sich selbst durch widerrufliche Gelübde von Eheslosigkeit, Armuth und Gehorsam zu binden. 3) Solche Bruderschaften haben in Unterwerfung unter die Autorität des betreffenden Diözesanbischofs und nur auf Einladung und mit Bestimmung des Pfarrgeistlichen zu arbeiten. Motiviert wurden die Vorschläge mit der „reichend zunehmenden Verarmung der Massen“. Werden sie angenommen, so würden wir evangelische Missionen zur Heilung der sozialen Schäden besitzen, unsere Christlich-Sozialen wären überholt, und die Sozialechtlichen könnten in der Anpreisung ihrer Orden zur „Rettung der Gesellschaft“ weitelsern mit den Katholiken. Allerdings würde, wenn diese neue Einrichtung allgemeiner würde, die evangelische Kirche bald wieder an den Pfosten des Mittelalters angelangt sein.

— Bis zum 12. November werden der Kaiser und die Kaiserin im Neuen Palais zurückerwartet, bis um welche Zeit auch die kaiserlichen Prinzen, sofern das Wetter sich günstig hält, dort verbleiben werden.

— Die Kaiserin Friedrich wird sich nach den Vermählungsfestlichkeiten, von Athen aus, mit den Prinzessinnen Viktoria und Margarethe noch auf längere Zeit nach Italien begeben, um daselbst für den Winter Aufenthalt zu nehmen.

— Nach einer der „Bost. Btg.“ aus London zugehenden Meldung erhielt die Botschafterin von Athen die Meldung, daß die deutsche Kaiserin unpäßlich und es deshalb zweifelhaft sei, ob sie den Kaiser nach Konstantinopel begleiten werde.

— Der Reichstagsabgeordnete Letocha, Mitglied des Zentrums, welcher den oberschlesischen Montanbezirk Kattowitz-Bezirk im Reichstag vertritt, hat an die oberschlesische Bergarbeiter-Deputation, welche nach Berlin gekommen war, in der vergeblichen Absicht, vom Kaiser empfangen zu werden, ein Schreiben gerichtet, in welchem es heißt:

Auf Ihr, gleichzeitig Namens der beiden anderen Bergarbeiter-Deputationen, an mich gerichtetes Gesuch, Sie über den Erfolg der von der oberschlesischen Bergarbeiter-Deputation Namens der oberschlesischen Bergarbeiter an Seine Majestät gerichteten Petition beschreiben zu lassen, — kann ich Ihnen nur antworten, daß in der Angelegenheit eine Entscheidung noch nicht ergangen ist, aber in Kürze bevorstehen dürfte. Der Ihnen nach Inhalt Ihres Schreibens von den Kameraden gemachte Vorwurf, daß Sie in Berlin für die Arbeiter nichts gethan haben, ist ungerichtet. Ich kann Ihnen nach bestem Wissen und Gewissen bezeugen, und thue dies auch hiermit, daß die Deputation der oberschlesischen Bergarbeiter für ihre Kameraden hier in Berlin Alles gethan hat, was unter den obwaltenden Umständen damals zu thun möglich war. Die oberschlesische Deputation hat allerdings bei Sr. Majestät keine Audienz gehabt, was bei den von dem Dortmunder Zentralkomitee der streikenden Arbeiter gewählten Bergarbeitern Schröder, Siegel und Bunte der Fall war; es sind aber die von den oberschlesischen Deputirten Namens der oberschlesischen Arbeiter hier gestellten Forderungen in der von mir, — nach vorausgegangenem sehr eingehenden Ber- und Unterhandlungen mit den Deputirten im Reichstagsgebäude unter Mithilfe des Herrn Abgeordneten Szmula und in Anwesenheit Sr. Durchlaucht des Erbprinzen zu Hohenlohe-Dehringen verfaßten und demnachst von der Deputation selbst im Zivilkabinett Sr. Majestät abgegebenen Petition niedergeschrieben und auf diese Weise die Wünsche und Forderungen der oberschlesischen Arbeiter Sr. Majestät in einer meines Erachtens bündigeren und präzisieren Form unterbreitet worden, als dies seitens der Deputirten, von denen zwei der deutschen Sprache nur wenig mächtig waren, in einer nur wenige Minuten dauernden Audienz mündlich hätte geschehen können.

In demselben Schreiben theilt Herr Letocha seinen Wählern mit, daß er sich nicht mehr stark genug fühle, das zwar ehren-

von Lesen sind mir in einem ziemlich verlässlichen Gedächtniß allerdings eine Anzahl Phrasen und Schlagworte haften geblieben, so daß ich einem harmlosen Gemüthe durch lähl überlegene Anwendung und Gruppierung derselben möglicher Weise einen imponirenden Eindruck machen könnte. Aber ich hüte mich auch davor. Man könnte doch einmal an eine unrichtige Adresse gerathen, und es ist eine blamable Sache, durch die Frage eines Wissenden in das durchbohrende Gefühl des eigenen Nichts zurückgeschreckt zu werden. . . . Von der Musik an sich, der hohen und hehren Interpretin des Gefühls, von der Kunst, die keine Worte braucht, um zum Herzen zu sprechen, und die darum die wahrhaft internationale Sprache ist und war, noch ehe eine Seele an Volapük, Pasingua, und wie die verschiedenen Einheitsprachen heißen, gedacht hat, will ich nicht reden; auch nicht von der historischen Entwicklung, den Richtungen, den Phasen, den schöpferischen Geistern und den lediglich ausführenden Organen, von Revolutionen und Reformbestrebungen, von Ginst und Haß, Liebe und Streit. Aber es giebt außer der hohen Kunst, der Kunst an sich, dem Wesenhaften, noch allerlei Anderes dabei ins Auge zu fassen.

Die Musik zu verstehen und zu beurtheilen ist allerdings des Musikers Domäne. Aber, wie der Maler doch seine Bilder nicht nur für die Kunstgenossen malt, der Bildhauer nicht allein für die anderen Bildhauer formt, der Dichter nicht ausschließlich den Brüdern in Apoll seine Poesien weicht, sondern wie jeder ein Publikum haben will, so ist's auch mit den Musikern. Das Publikum, das witterwendische, unberechenbare, viel geschmähete, viel umschmeichelte, halb lenkbare, bald eigenwillige, bald unerhört anspruchslose, bald verblüffend anspruchsvolle, bald gutmüthige, bald grausame Mixtum compositum macht seine Meinung geltend. Es ist in seinen Beifallsbezeugungen unberechenbar, besonders Leistungen eines guten Durchschnittswerthes gegenüber. Das wahre, einfache und herzbezeugende Schöne und das ausgesprochene Ge-

volle, aber überaus verantwortliche Reichstagsmandat des oberschlesischen Montanbezirks von Neuem zu übernehmen.

\* Breslau, 28. Oktober. Am 26. d. Mts. Vormittags, bezieht sich eine Deputation des Magistrats von Schweidnitz nach dem Schlosse in dem benachbarten Gersau, um den General-Feldmarschall Grafen Rellie, Ehrenbürger von Schweidnitz, bei dem Eintritt in sein 90. Lebensjahr im Namen der Stadtgemeinde zu begrüßen.

### Griechenland.

\* Athen, 26. Oktober. Um 4 Uhr Nachmittags hat Kaiser Wilhelm den attischen Boden betreten. Im Voraus um den Triumpfbogen herrschte diesmal bessere Ordnung als gestern. Feste Barrieren hielten die Volksmenge von dem mit Mythenzweigen besetzten Landungsplatz ab, der Polizei blieben die vergeblichen Mühen, denselben frei zu halten, dadurch erspart. Innerhalb dieser Schranken versammelten sich die hohen Würdenträger, die Generalität, die Mitglieder der deutschen Kolonie mit ihren Damen, Dr. Dörpfeld in Reserve-Lieutenantsuniform. Von Ministern war heute nur Dragoumis hier erschienen, Trikups und die anderen erwarteten das Kaiserpaar im Bahnhof Athen. Schon um 2 1/2 Uhr begannen Hafenbatterien und Schiffe auf der Höhe Salutschüsse zu feuern. Prinz Georg, Oberhofmarschall von Liebenau, später der Prinz von Wales, die Königin führend, die Gräfin Brockdorff, der russische Thronfolger, zuletzt der König und der Kronprinz von Griechenland kamen, von dem Musikcorps der Militärschule mit der Musik der Nationalhymne empfangen und bestiegen verschiedene Dampfbaracken, in welchen sie dem Kaiserpaar aufs Meer hinaus entgegenfuhr, ebenso der deutsche Gesandte und Konsul. Von Neuem erdröhnte immer stärkerer Kanonendonner vom Meere her, auf welches vorliegende Landungen und Schiffe lieber den Blick verhielten. In einzelnen Baracken kamen dem Kaiserpaar voraus General von Hahnke, von Wittig, Generalarzt Leutold, Komteffe Gersdorf, Gräfin Keller und einige andere Personen des nächsten Gefolges, endlich bei laut donnerndem Geschüttdonner und Hurrah! bezw. Zita-Geschrei von allen Schiffen und Baracken, im Hafen die Barkasse mit der gelben Kaiserstandarte im Zug, der Kaiser in großer Uniform des 1. Garderegiment 3. J., die Kaiserin in lichtgrauem geklüttem Damast mit moosgrün-sammelnem Devant und blaßrosa Nieder-Sinfag. Prinz Heinrich, der König und die Königin und die anderen Herrschaften stiegen ans Land; die Minister, den Gesandten Nachos herzlich begrüßend, vom Bürgermeister bewillkommen. Der Kaiser trat zu Doerpfeld heran, ihm die Hand schüttelnd und einige Worte an ihn richtend. Beim Klänge der Musik schritt er die Reihen der Militärschüler und der Marine-Mannschaften ab, welche den Platz vor dem Bahnhofsavallone besetzt hielten, und begab dann mit seiner Begleitung den Zug, der ihn und die Königin führte. Im Bahnhof neuer Empfang durch Trikups und andere Spitzen und einen Kreis vornehmer Damen, längere griechische Begrüßungsrede des Bürgermeisters Philimon. Zwischen den auf dem langen Wege durch die Piräusstraße und die Stadtontraße Später bildenden Truppen der Garnison ging die Fahrt in offenen Bierpännern, der Kaiser neben dem König, die Kaiserin neben der Königin, Prinz Heinrich neben dem Kronprinzen hinter Vorkab einer halben Schwadron Guides zum Schloß, überall rühmlich von der Menge begrüßt. Dort hießen Mutter und Schwestern den Kaiser und seine Gemahlin willkommen. Später traten sie auf den Balkon hinaus, um den Vorbeselmarich der Truppen und der Vorübersahrt der Vertreter der städtischen Korporationen mit Trägern großer Banner zuzuschauen, und auch den Anblick der im Abendsonnenchein goldig erglänzenden Akropolis zu genießen.

### Parlamentarische Nachrichten.

— Dem Reichstage sind die Entscheidungen des Bundesraths auf die Beschlüsse des Reichstages in den letzten Sessoren zu-

gentheil desselben finden ungefähr immer dieselbe begeisterte oder entrüstete Aufnahme. In seinen Anforderungen und Bedürfnissen ist das Publikum viel konservativer. Und die Jünger und Jüngerinnen der Frau Musik empfanden das auch sehr gut und machten dem Angehauer Publikum Konzeptionen. Durch die wechselseitige Beeinflussung haben sich so nach und nach kleine Eigentümlichkeiten entwickelt und Moden herausgebildet, die schließlich als sehr gut und sehr selbstverständlich angesehen wurden, daß man das Fehlerhafte, Nichtgemäße, oft geradezu sinnwidrige nicht hörend empfand. Wenn alle es so wünschen, wenn alle mit dem oder jenem zufrieden sind, so muß es doch wohl gut sein! Wer nach seiner Façon urtheilt und glauben will, et nun, der ist — ein Reker.

Aber manchmal hat solch unglücklich veranlagtes legerisches Individuum einen merkwürdigen Trieb dazu, zu reden, wenn es hoch weis, daß es keinen Nutzen davon hat. Im Gegentheil. Je nachdem die legerische Meinung ist, kann es ihm an den Kragen gehen oder doch zum mindesten „das Wohlgefallen vor Gott und den Menschen“ stark beeinträchtigen. Es finden sich trotzdem immer wieder solche Leute. Daher kommt es auch, daß die Wiederholung bereits gesagter, getadelter oder bespöttelter Dinge nicht immer vermieden wird. Was dann wiederum zur Folge hat, daß die Tadler kritisiert werden; und so, mit mehr oder minder Grazie, in infinitum weiter.

Solch eine legerische Priyatmeinung hat sich nun bei mir über die Liedertexte herausgebildet. Daß, wenn Lieb und Ton sich vermählen, die Poesie nicht zu kurz zu kommen braucht, daß im Gegentheil beide geminnen müssen, wenn das rechte Wort und der rechte Ton sich einen, das weiß ich wohl. Es ist das aber einmal nicht zu oft der Fall, und zum zweiten sind die Sänger eines Liebes wer weiß wie oft geneigt, das Wort, also den Text, auf Kosten des Tones zu vernachlässigen, manchmal geradezu zu mißhandeln. Die große Menge merkt es meistens gar nicht, oder wenn sie es merkt, nimmt sie es

### Musikalische Rezerien.

Von vornherein bitte ich um mildernde Umstände! Ich bin nicht musikalisch!

Die Musik habe ich immer geliebt; inbrünstig, jedoch erfolglos. Es ist eine unglückliche Liebe; sie will von mir nichts wissen. Schon bei der O-burleiter ließ sie mich zu Falle kommen, bei den Molltonleitern legte sie mir heimtücklich Schlingen, und daß ich in den Fallgruben des Rhythmus und des Taktes nicht umkam, verdanke ich nur meiner zaghaften Zurückhaltung. Von Natur schüchtern geartet, wie ich bin, wagte ich es nicht, Frau Musik durch hartnäckige Angriffe, ausdauernde Belagerung, unerschrockenen Sturmangriff zur Uebergabe zu zwingen. Ich trommelte nur ganz pianissimo auf dem Tasterkasten, zupfte nie an einer Zither, sagte nur in Zigarrenstückenhol, aber auf keiner einzigen Geige, Bratsche oder einem Contrabaß. Auch eine Fiddle nahm ich nie in die Hand, viel weniger denn an den Mund, und Zogott, Posaune und Waldhorn kenne ich nur aus achtungsvoller Entfernung. Ich habe nur ein großes Wohlgefallen an schöner Musik. Es braucht gar nicht immer etwas ganz unerhört Künstlerisches zu sein, irgend eine staunenswerthe „stupende“ Leistung, die mich erfreut oder erhebt, rührt oder erheitert; nur muß das Gebotene in Raum, Zeit und Stimmung hineinpassen, das leicht irritirbare ästhetische Empfinden in keiner Weise verletzen, und deshalb weder trivial noch frivol sein und dem Zuhörenden nie einen Zweifel an der absoluten Sicherheit des Vortragenden auskommen lassen.

Ich bin also ein ganz harmloser Durchschnittsmensch, ein „bankbares Publikum“, leidlich anspruchslos und ohne die Präntension „was Rechts zu wissen“. In rein musikalischen Dingen weiß ich, wie gesagt, aus eigenem Ingenium, eigener Erfahrung, eigener Beurtheilungskraft herzlich wenig, lasse mich eben nur von einem „dunklen Orange“ leiten und hüte mich meistens, mir irgend ein Urtheil anzumachen. Vom Hören und



